Nummer 1 Hamburg, 7. Januar 1928 40. Jahrgang

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₰ (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

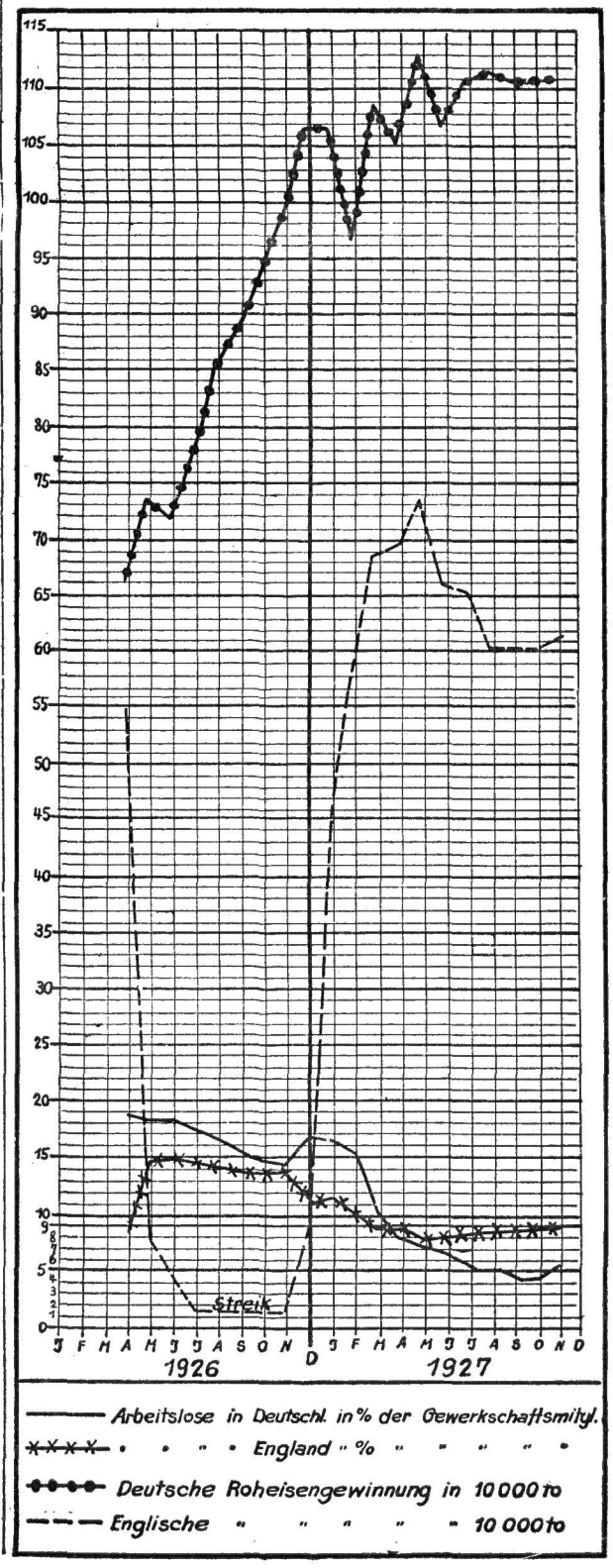
Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75 ₰, für Versammlungsanzeigen 50 ₰ die Zeile.

Wirtschaftsjahr 1927.

Die Belebung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1927 prägt sich in erster Linie als Inlandskonjunktur aus. Das wird deutlich, wenn wir die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der eines andern europäischen Industrielandes, England, vergleichen, wie wir das in unserm ersten Schaubild tun. Im Deutschen Reich waren im Anfang des Jahres 1927 = 16,5 % aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Der Prozentsatz senkt sich gegen Ende 1927 auf rund 4,5. Wesentlich anders vollzog sich die Entwicklung in England. Die englische Arbeitslosigkeit machte anfangs 1927 rund 12 % aller Versicherten aus. Die Zahl senkte sich im Laufe des Jahres 1927 nur auf rund 9,5 %. In unserm Schaubild veranschaulichen wir die verschiedene Konjunkturentwicklung in Deutschland und in England durch Angaben aus der Roheisengewinnung. Die Eisenproduktion schwankt in Deutschland im ersten Vierteljahr 1926 um rund 670 000 Tonnen pro Monat; sie erhöht sich bis gegen Ende des Jahres 1927 auf 1 100 000. Die englische Roheisengewinnung macht im ersten Vierteljahr 1926 ungefähr 550 000 Tonnen pro Monat aus. Während sich aber die deutsche Produktion bis Ende 1927 nahezu verdoppelt, kann England seine Roheisengewinnung nur um rund 50 000 Tonnen auf etwas über 600 000 Tonnen steigern. Gerade die Eisenproduktion ist ein sicherer Gradmesser für den Zustand der Wirtschaft. Aehnlich wie in England ist die Entwicklung auch in den andern europäischen Ländern: ein Zeichen dafür, daß der Schwerpunkt der Konjunktur in Deutschland während des Jahres 1927 hauptsächlich im Inlande, auf dem Inlandsgeschäft beruhte.

Die Ursachen, die zur Ankurbelung des deutschen Wirtschaftslebens führten, sind bekannt. In England kam es in der Kohlenindustrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu großen Auseinandersetzungen in der Lohnfrage, die zu einem Streik führten, der mehrere Monate dauerte. Dadurch waren die englischen Kohlenexporteure nicht mehr in der Lage, den Weltmarkt mit Kohle zu beliefern. Die Aufgabe ging in der Hauptsache an das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat über. Die deutsche Kohlenproduktion steigerte sich zur Zeit des englischen Bergarbeiterkampfes um gut 4 Millionen Tonnen auf 14 000 000 Tonnen pro Monat. Diese großzügige Anregung des deutschen Kohlenbergbaues überfrug sich automatisch auf die andern Industrien, zuerst auf die Industrien der Grundstoffe, dann aber auch auf die verarbeitenden Industrien. Der gesamte Produktionsindex macht, 1924/26 = 100 gesetzt, im Frühjahr 1926 nur 95,4 aus; er steigert sich bis Jahresende 1927 auf über 125. Der Index der verarbeitenden Industrien stellt sich im Anfang des Jahres 1926 auf 97,5. Er wächst bis gegen Ende des Jahres 1927 auf über 127 an. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt unter Einfluß dieser Entwicklung schnell ab; die Kurzarbeit vermindert sich. Die Lohnsteuer, die im ersten Vierteljahr des Jahres 1926 nur rund 78 Millionen Mark pro Monat erbringt, steigert ihr Aufkommen im April 1927 auf 100 Millionen, im Mai auf 108 Millionen, im Juni auf 114 Millionen und im September 1927 auf 123 Millionen. Selbst im Monat November, wo der Arbeitsmarkt in Deutschland schon von den Verschlechterungen in den Außenberufen (Landwirtschaft, Baumarkt usw.) betroffen wird, ist eine Steigerung im Aufkommen aus der Lohnsteuer um 0,6 Millionen Mark auf über 124 Millionen Mark festzustellen. In diesen Zahlen spiegelt sich eine allgemeine Belebung der deutschen Wirtschaft wieder. Ein besonderes Zeichen dafür ist, daß sich im Laufe des Jahres 1927 die Umsätze der Konsumvereine je Mitglied dauernd erhöht haben. Der Umsatz wird für den Anfang des Jahres 1926 mit 4,40 ℳ je Mitglied und je Woche angegeben. Es tritt bis Ende des Jahres 1927 eine Erhöhung auf über 7,80 ℳ ein. Die Unternehmer haben immer wieder versucht, die Konjunkturentwicklung im Jahre 1927 als isolierte Erscheinung hinzustellen, die bald verflogen sei, weil sie sich auf besondere Wirtschaftszweige der Schwerindustrie beschränke. Gegen diese Auffassung spricht die statistische Feststellung.



Unzweifelhaft hat die Konjunktur im Jahre 1927 ihre besondere Stütze im Baumarkt. Der Monat Mai wies nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes im Jahre 1926 nur 1672 vollendete Gebäude auf. Die Zahl steigert sich sehr langsam im Monat Juni auf 1844 und im Monat Juli auf 1963 und bis zum November 1926 auf 2536. Für den Monat Mai 1927 werden die vollendeten Gebäude mit 2177 angegeben. Die Steigerung während der Bausaison 1927 geht in viel schnellerem Tempo vor sich, als im Jahre 1926. So lautet die Zahl für Juni 2308 und für Juli 2392. Es tritt dann im Herbst eine Steigerung auf über 2850 ein. Die vermehrte Bautätigkeit hat ohne Zweifel viele andern Industrien angeregt; man kann darüber streiten, welche Anregungen für die allgemeine Wirtschaft schließlich größer gewesen sind, die Anregung des Baumarktes oder jene Anregungen, die aus dem Bergbau kamen. Fest steht, daß die Konjunkturentwicklung in Deutschland erst durch eine planmäßige Aufforstung des Baumarktes im Jahre 1928 gesichert werden kann.

Begleitumstände beim Kampfe in der Eisenindustrie.

Der Kampf in der Eisenindustrie ist durch die verbindlich erklärten Schiedssprüche beendet worden. Damit beginnt sich ein gefährliches Gewitter vom Horizont der sozialen Kämpfe zu verziehen. Für die Arbeiter war es ein sehr mageres Resultat, das dabei erzielt wurde. Wohl ist die Arbeitszeit in der Weise verkürzt worden, daß das Zweischichtensystem in einem großen Teil der eisenerzeugenden Industrie an die Stelle des bisher bestehenden Dreischichtensystems tritt. In der Lohnfrage kam es zu dem Ergebnis, daß die Arbeiter der Eisenindustrie trotz einer kleinen Zulage von 76 auf 78 ₰ je Stunde sich schlechter stehen als bisher, das heißt, sie bekommen den Lohnausfall durch verkürzte Arbeitszeit nicht voll ausgeglichen. Das ist ein Ergebnis, welches die Arbeiter wenig befriedigen kann. Für sie muß es Aufgabe der nächsten Jahre sein, mit Hilfe einer starken Organisation das noch Fehlende nachzuholen.

Doch über den Konflikt selbst sollte hier weniger die Rede sein, sondern von den Begleitumständen, die dabei zutage traten. Der Kampf in der Eisenindustrie ist von der deutschen Oeffentlichkeit mit lebhaftem Interesse verfolgt worden. Das ist natürlich, wenn man die Größe des Konflikts und die Bedeutung dieser Industrie in Betracht zieht. Bei den Berichten über den Verlauf der Angelegenheit fiel eine Tatsache immer unangenehm auf: die gewerkschaftliche Zerrissenheit der Arbeiterschaft. Die Arbeiter der Schwereisenindustrie sind erstens nur zum Teil organisiert und überdies in drei Gewerkschaftsrichtungen zersplittert. Neben den freigewerkschaftlichen Verbänden waren die Christlichen und Hirsch-Dunkerschen Verbände vertreten. Unbeeinflußt von den Unternehmern und den bürgerlichen Parteien waren nur die freien Gewerkschaften. Ihnen am nächsten stand der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein, weiter ab folgte der christliche Metallarbeiterverband. Die Differenzen zwischen den drei Richtungen wurden natürlich in der bürgerlichen Presse sehr scharf unterstrichen. Man konnte zwischen den Zeilen die Freude über die Uneinigkeit der Arbeiterschaft vernehmen. Das war ein Trauerspiel von tiefwirkender Eindringlichkeit. Um wieviel besser hätte die Sache der Arbeiterschaft ausgesehen, wenn hier eine Gewerkschaftsrichtung unbeeinflußt von den Unternehmern, den bürgerlichen Parteien und den Regierungsstellen den Scharfmachern der Eisenindustrie gegenübergestanden hätte. Es brauchen hierüber wahrhaftig nicht viele Worte verloren zu werden; auch der rückständigste Mensch vermag dies zu begreifen. Es muß mit allen Mitteln versucht werden, diese Zerrissenheit durch die Stärkung der freien Gewerkschaften einzudämmen.

Noch ein anderes. Das Schiedsgerichtswesen und seine tiefe Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben hat durch den Eisenkonflikt eine starke Würdigung erfahren. Ohne das Schiedsgerichtssystem wäre in der Eisenindustrie und vielleicht auch in andern Gewerbezweigen ein Kampf bis zum Weißbluten ausgefochten. Daß es nicht dazu kam, verdanken wir diesem System. Nicht nur in Kreisen des Unternehmertums, sondern bis weit in alle Volkskreise hinein befanden sich große Gegnerschaften des Schlichtungswesens. Der Kampf in der Textilindustrie, in der Tabakindustrie, und letzt in der Eisenindustrie, um nur die Großkämpfe der letzten Wochen auf-

zuzählen, hat, wie wir glauben, dem Schlichtungswesen sehr genutzt. Es ist anzunehmen, daß in Zukunft, mit Ausnahme der bornierten Scharfmacher, weniger Angriffe auf das Schlichtungswesen erfolgen Wenn auch ein frisch-fröhlicher Krieg manchmal luftreinigend wirken kann, so muß aber immer mehr der Gedanke lebendig werden, daß Streiks und Aussperrungen nicht immer große Erfolge bringen. Die Kampfvorbereitungen der Unternehmer in der Eisenindustrie und die organisatorische Stärke dieser Gruppe in Betracht gezogen, konnte den Ausgang dieses Kampfes nicht zweifelhaft lassen. Dies um so eher, wenn man die oben geschilderte Zersplitterung der Arbeiter in Berücksichtigung zieht. Nicht die Beseitigung des Schlichtungswesens, sondern ein systematischer Ausbau desselben ist deshalb das Gebot der nächsten Zukunft. Das ist eine Lehre, die man aus dem Konflikt in der Schwerindustrie unbedingt ziehen muß. Der Vorstoß der Ruhrunternehmer galt nämlich bereits diesem System. Diese rücksichtslosen Befehlshaber, die wichtige Urstoffe der Wirtschaft monopolistisch beherrschen, treten auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die „freie Wirtschaft" ein. Von freier Wirtschaft redeten sie und Alleinherrschaft meinten sie. Gern hätten sie wieder, wie vor 20 Jahren, nach dem Rezept verfahren, wie es der Bergrat Uthemann auf einer Konferenz, auf der sogenannten Ministerstürzerkonferenz, im Jahre 1909 im Palasthotel Berlin, den Unterhändlern mit der Regierung auf den Weg gab: „Wir sind Herr im Hause und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken sie da dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge!" Daß es nicht dazu kam, sondern die Regierung immerhin in der Arbeitszeitfrage fest blieb und die Unternehmer der Ruhrindustrie sich beugen mußten, das ist ein Erfolg, der nicht gering zu bewerten ist. Zweifellos drückt sich hierin ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Vorkriegszeit aus. Die Macht der Arbeiterschaft ist trotz aller Rückschläge der letzten Jahre im Staate sehr gewachsen. Es gilt, diese Macht noch mehr als bisher in die Erscheinung treten zu lassen. Auch dazu ist Einigkeit und Geschlossenheit, im Bunde mit weitgehender Aufklärung dringend vonnöten.

Dies um so mehr, weil ein erneuter Vorstoß der Schwerindustriellen zur Beseitigung des Schlichtungswesens sicher zu erwarten ist. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" war hier sehr deutlich, indem sie schrieb: „Entschließt man sich nicht bald zur Umkehr, so ist eine endgültige Auseinandersetzungen, wie sie jetzt noch einmal hinausgeschoben werden konnte, unvermeidlich. Daß sie gar leicht zur Katastrophe führen konnte, unterliegt keinem Zweifel."

Also die endgültige Auseinandersetzung steht noch bevor. Daraus ist zu schließen, daß die Unternehmer der Schwerindustrie ihre verstärkten Rüstungen nach Beendigung des Konflikts nicht abbauen, sondern beibehalten werden. Vielleicht wird man jetzt systematischer und in aller Ruhe auf diese Auseinandersetzung hinarbeiten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeiterschaft unterliegen wird, wenn sie nicht Gegenmaßnahmen mit derselben Gründlichkeit vorbereitet. Die Vorbereitungen liegen in schleunigster Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Des ferneren muß die Macht der Arbeiterschaft im Staate verstärkt werden. Dazu bietet sich eine günstige Gelegenheit bei den Wahlen im Jahre 1928. Halten wir diese Dinge fest im Auge, dann kann die Sache der Arbeiterschaft nicht schief gehen. Andernfalls würde es zu gewaltigen Katastrophen kommen.

Der Kampf geht weiter!

Die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe des alten Jahres liegen hinter uns. Ein neues Jahr hat angefangen, begrüßt vom Geläute der Glocken, Hochrufen und Gläserklingen, begleitet von Wünschen und Hoffnungen, wie so viele andere vor ihm. Doch was will das besagen? Die organisierte Arbeiterschaft gibt sich keinen trügerischen Illusionen hin und erwartet von der Zukunft nichts, was sie nicht ihrem eigenen Vorwärtsstreben und Kämpfen zu danken hat. Der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung läßt sich lediglich durch Wünsche und Hoffnungen nicht beeinflussen. Es gibt kein Märchenland, in das sich die Arbeiter hineinträumen können, um beim Erwachen andere, bessere gesellschaftliche und wirtschaftliche Zustände vorzufinden. Was sie an sozialer Besserstellung, an Freiheit und Unabhängigkeit wollen, müssen sie durch eigene Kraft erringen. So war es biher, und so wird es bleiben. Nur im fortgesetzten Kampfe um ihre wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung mit den übrigen Gesellschaftsschichten können sie ihre Lage verbessern und sozial aufwärtssteigen, sowie die heutige Klassenherrschaft endlich zu Fall bringen.

Der wirtschaftliche Horizont ist noch düster bewölkt. Die wenigen Lichtpunkte, die sich an ihm zeigen, lassen noch keine besonderen Hoffnungen auf seine baldige völlige Aufhellung zu. Nach kurz vorübergehender Besserung der wirtschaftlichen Lage steigt die Arbeitslosigkeit wieder an Bis zu welchem Umfange sie zunehmen wird, läßt sich nicht voraussehen. Die für November 1927 stattgefundenen Stichproben des Statistischen Reichsamtes ergeben noch für 37 % der Betriebe einen guten, für 49 % einen befriedigenden und nur für 14 % einen schlechten Geschäftsgang. Ueberwiegend erstreckt sich die seitdem eingetretene Verschlechterung der Geschäftslage sowie das Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf das Baugewerbe, die Baustoffindustrie und das Gärtnereigewerbe. In geringem Umfange ist das Bekleidungs-, Spinnstoff-, Holz- und Schnitzstoff-, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und die Lederindustrie davon in Mitleidenschaft gezogen Das läßt annehmen, daß der wirtschaftliche Aufstieg nur eine durch die Jahreszeit bedingte Unterbrechung erfahren hat, und die eingetretene Verschlechterung nur eine vorübergehende sein wird.

Von einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur sind wir trotzdem noch weit entfernt. Davon ist offenbar auch das Unternehmertum überzeugt. Im andern Falle hätten es die Schwerindustriellen nicht gewagt, ihrer Arbeiterschaft mit einer so ungeheuerlichen Provokation entgegenzutreten, wie es durch den an das Reichsarbeitsministerium gestellten Stillegungsvertrag geschah. Daran ändert nichts, daß dieses Vorgehen kaum ernst zu nehmen war. Mußten sie doch wissen, was auf dem Spiele stand und selbst die ihnen in jeder Weise willfährige Rechtsblockregierung eine so schwere wirtschaftliche Erschütterung nicht zulassen konnte, wie sie die Brotlosmachung von hunderttausenden Arbeiterfamilien zur Folge haben mußte. Trotzdem war es ein frivoles Spiel mit dem Feuer, und nur die Besonnenheit der Arbeiter hat verhindert, daß es nicht zum verheerenden Brande gekommen ist. Dieses brutale, jeder wirtschaftlichen Verantwortlichkeit bare Vorgehen des Unternehmertums zeigt aber den Arbeitern, wessen sie sich von dieser Seite auch für die Folge zu versehen haben und wie sie alles daran setzen müssen, ähnlichen Absichten durch eine starke gewerkschaftliche Rüstung entgegenzutreten. Nur so werden sie in der Lage sein, die ihnen von dort aus aufgezwungenen Kämpfe erfolgreich zu bestehen.

An solchen Kämpfen wird es im neuen Jahre nicht fehlen. Diese werden sich nicht nur auf wirtschaftlichen, sondern auch auf politischem Gebiete abspielen, ist doch das Jahr 1928 ein ausgesprochenes Wahljahr. Der Reichstag geht seinem Ende entgegen und es ist nicht ausgeschlossen, daß es sehr plötzlich kommen kann. Die Arbeiter werden sein Verschwinden nicht bedauern, ebensowenig wie das der gegenwärtigen Rechtsregierung. Sie hat in nur zu vielen Stücken kläglich versagt und außer bei den Ruhrindustriellen, sowie den Großagrariern nirgends Freunde erworben. Die Arbeiter, Beamten, der Mittelstand, die Klein- und Sozialrentner, die Invaliden, die Witwen und Waisen der Kriegsopfer sind von ihr auf das Schwerste enttäuscht worden. Das gleiche Ergebnis hatte die Politik der Rechtsparteien und der von ihnen gebildeten Regierungen in den Ländern. Auch hier werden in weitem Umfange Neuwahlen zu den Landtagen stattfinden, desgleichen bei zahlreichen Gemeinden.

Die bürgerlichen Rechtsparteien befinden sich in einer schwierigen Lage Der von ihnen bei den letzten Wahlen verübte Betrug an den Wählern, mittels dessen sie die Regierung in die Hand bekamen, beginnt sich zu rächen. Wie die in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zeigen, wenden sich überall die Wähler von ihnen ab. Besonders die deutschnationalen Stimmen weisen einen starken Rückgang auf. Mit neuen Versprechungen ist hier nichts zu retten, auch der Hugenbergsche Benebelungsplan dürfte dazu nicht geeignet sein. In den nationalen Kreisen herrscht deshalb allgemein eine sehr gedrückte Stimmung. Dennoch wäre es für die arbeitenden Volksschichten falsch, sich verfrühten Siegeshoffnungen hinzugeben. Die Deutschnationalen, wie die übrigen Parteien des Bürgerblocks, werden alles daransetzen, um ihre seitherige Position sowie damit ihren Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erhalten. Die politische Dummheit weiter Wählerkreise, insbesondere der indifferenten Volksschichten, kommt ihnen dabei weitgehend zustatten. Es wird daher einen schweren Kampf geben und eine umfassende Aufklärungsarbeit notwendig sein, um neue Betrugsmanöver der Rechtsparteien unwirksam zu machen.

Mit dieser Aufklärungsarbeit kann nicht früh genug begonnen werden. Erfahrungsgemäß reicht die kurze Zeit der Wahlagitation nicht aus, um auch an den letzten Wähler heranzukommen. Außerdem haben wir mit der politischen Indifferenz großer Wählermassen zu rechnen. Die Wahlfaulheit ist trotz aller schlechten Erfahrungen besonders in den arbeitenden Kreisen ein nur zu verbreitetes Uebel. Und gerade diese Wahlfaulen haben den Deutschnationalen wie den deutschvolksparteilichen Demagogen zum erheblichen Teile zu ihren bisherigen Erfolgen verholfen, die sich in so nachteiliger Weise für die Arbeiter auswirkten Diesem Uebel mit allem Nachdruck zu begegnen und die wirtschaftliche und politische Aufklärung in die breiten Massen der Arbeiter zu tragen, sind neben der politischen Tagespresse besonders die Gewerkschaften berufen. Es muß den Arbeitern klar gemacht werden, daß Politik und Wirtschaft untrennbar miteinander verbunden sind. Die gewerkschaftliche Arbeit muß in erheblichem Maße nutzlos sein, wenn es nicht gelingt, politisch die Voraussetzungen für wirtschaftliche Erfolge zu schaffen sowie diese gesetzgeberisch zu verankern. Das ist den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, vor allem den Unorganisierten, die, wenn auch zum großen Teile unbewußt, dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse noch immer hemmend im Wege stehen.

Der von der organisierten Arbeiterschaft bislang geführte Kampf gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsabsichten der Unternehmer geht weiter! Politisch und wirtschaftlich müssen wir ihn mit ungeschwächten Kräften fortsetzen. Die bisher erzielten Erfolge geben uns die Gewißheit, daß wir nicht umsonst kämpfen. Das große Ziel der modernen Arbeiterbewegung, die Befreiung der arbeitenden Volksschichten vom kapitalistischen Joch vor Augen, braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein! M.

Die Bauarbeiter minderen Rechts?

Die Proteste der baugewerblichen Arbeiterverbände gegen die Verordnung über die Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dezember 1927 sind nicht ohne Wirkung geblieben. Zwar hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Eingabe der Zentralvorstände der Arbeiterverbände vom 22. Dezember 1927 bis heute nicht beantwortet; aber in den einzelnen Ländern haben die zuständigen Stellen den angefochtenen Bestimmungen eine Auslegung gegeben, wodurch die ungeheure Härte gegenüber den baugewerblichen Arbeitern wesentlich gemildert wird. Wo das noch nicht geschehen ist. muß dafür gesorgt werden, daß das schleunigst nachgeholt wird. Unsere Zahlstellen müssen energisch darauf bestehen, daß allenthalben eine loyale Auslegung der Bestimmungen Platz greift Warum der Präsident den Vorständen auf die oben erwähnte Eingabe nicht geantwortet hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir nehmen an, daß er sich mit Vorschlägen an den Verwaltungsrat über die Aufhebung der Verordnung befaßt und darüber die Antwort gänzlich vergessen hat.

Die Senkung der Lohnsteuer ab 1. Januar 1928.

Die am 17. Dezember vom Reichstag beschlossene Lohnsteuernovelle ist im Reichsgesetzblatt vom 23. Dezember veröffentlicht. Die Neuregelung bedeutet, worauf wir bei der Beratung der Novelle hingewiesen haben, keineswegs die Erfüllung der seinerzeit in der Lex Brüning von der jetzigen Regierungskoalition gegebenen Zusagen. Wie sich die jetzt beschlossene Novelle bei der Lohnsteuer auswirkt, sei nachstehend kurz dargelegt. Sie bringt zweierlei:

1. Die Senkung des bisherigen Lohnsteuerbetrages um 15 %, jedoch mit der Begrenzung, daß die dadurch bewirkte Minderung des Steuerbetrages höchstens betragen darf:

2,— ℳ bei monatlicher Lohnzahlung,
—,50 „ „ wöchentlicher „
—,10 „ „ täglicher „
—,01 „ „ Zahlung für je zwei angefangene oder volle Stunden.

2. Nichterhebung von Kleinbeträgen: Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er nicht übersteigt:

1,— ℳ (bisher —,80 ℳ) bei monatlicher Lohnzahlung,
—,25 „ („ —,20 „) „ wöchentlicher „

Diese Vorschriften finden auf den Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 31. Dezember 1927 erfolgende Dienstleistung gewährt wird. Das Dezembergehalt also, das erst im Januar bezahlt wird, ist noch nach den alten Vorschriften zu versteuern. Für die genauere Regelung werden aber gewisse Uebergangsbestimmungen nötig sein. Nachstehend einige Beispiele für die Auswirkung der am 1. Januar wirksam werdenden Neuregelung.

Beispiele:

1. Verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern und 42 ℳ Wochenlohn:

Steuerfrei 24 + 2,40 + 2,40 + 4,80 .. 33,60 ℳ
Zu versteuern 42,— ÷ 33,60 ..... 8,40 „
10 % Steuer von 8,40 ℳ ..... —,80 ℳ
Davon ab 15 % ..... —,12 „
Steuer (abgerundet... —,65 ℳ

2. Gleicher Familienstand wie in Beispiel 1, Wochenlohn 37 ℳ:

Steuerfrei wie im Beispiel 1 ..... 33,60 ℳ
Zu versteuern 37,— ÷ 33,60 ..... 3,40 „
10 % Steuer von 3,40 ℳ..... —,30 ℳ
Ab 15 % von —,30 ℳ ..... —,04,5 „
Steuer (abgerundet). . —,25 ℳ

Die Steuer wird als Kleinbetrag nicht erhoben.

Ausnahmen: 1. auf einmalige Einnahmen (Tantiemen, Gratifikationen usw.) findet die Steuerermäßigung keine Anwendung. 2. Bei Zahlung des Arbeitslohnes nicht nach Zeitabschnitten (Akkord- oder Heimarbeit) werden stets 15 % vom Steuerbetrag abgezogen, ohne Rücksicht auf die Höhe der sich so ergebenden Ermäßigung.

Neben den vorstehend erwähnten Erleichterungen bringt die Novelle noch eine Erhöhung des für Leistungen nach § 17 Absatz 1 Ziffer 1 bis 4 (Beiträge zu Krankenkassen, Sterbekassen, Versicherungsbeiträge usw.) vorgesehenen Abzuges von 480 auf 600 ℳ und für die Haushaltungsangehörigen von bisher je 100 auf je 250 ℳ. Für die Bezieher kleinerer Einkommen kommt diese Besserstellung aber kaum in Betracht.

Nach einer Ankündigung des Reichsfinanzministeriums werden von diesem amtliche Tabellen, getrennt für monatliche wöchentliche, tägliche und zweistündliche Lohnzahlung, herausgegeben (Bestellungen bei der Drucksachenverwaltung der Reichsdruckerei, Berlin SW. 68, Oranienstr. 91), aus denen für jeden Lohnbetrag und für jeden Familienstand die auf den Arbeitslohn entfallende Steuer abgelesen werden kann.

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Gesperrt ist der Betrieb des Unternehmers **Diroll in Lichtenfels am Main.**

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ersatzbücher.

Mit der letzten Beitragszahlung in diesem Jahre in der Woche vom 26. bis 31. Dezember wird ein erheblicher Teil der Mitgliedsbücher vollgeklebt sein. Die vollen Bücher müssen dem Zentralvorstand zum Umtausch eingesandt werden. Die Zahlstellen dürfen Ersatzbücher nicht ausstellen. Für den Umtausch der Bücher bitten wir folgendes genau beachten zu wollen:

Die Mitglieder sollen ihre vollen Mitgliedsbücher nicht selbst dem Zentralvorstand zum Umtausch einsenden, sondern sie liefern sie dem Zahlstellenkassierer ein.

Die Zahlstellenkassierer bitten wir dringend, nur solche Bücher zum Ersatz einzusenden, die auch in jeder Beziehung in Ordnung sind. Es ist deshalb notwendig, vor der Absendung jedes einzelne Buch nach folgenden Bestimmungen nachzuprüfen:

Ob die Personalien auf der Titelseite, insbesondere Namen, Geburtsort und -datum, sowie Eintrittsort und -datum richtig eingetragen und deutlich geschrieben sind. Wenn mehrere Vornamen eingetragen sind, ist der Rufname zu unterstreichen;

ob die An- und Abmeldevermerke ordnungsgemäß eingetragen sind;

ob die bezogene Erwerbslosenunterstützung ins Mitgliedsbuch eingetragen ist;

ob für alle Jahre die vorgeschriebene Anzahl der Beitragsmarken in den Mitgliedsbüchern vorhanden ist.

In den Jahren 1924 und 1925 müssen 52 Beitragsmarken geklebt sein, in den Jahren 1923 und 1926 waren je 55 Beitragsmarken zu entrichten. Für 1927 müssen die Mitgliedsbücher 53 Marken enthalten. Für 1924 waren außerdem 2 Verbandstagsmarken zu kleben.

Für 1925 muß jedes Mitglied, das während der Zeit von der 31. bis zur 36. Woche inklusive gearbeitet hat, die ausgeschriebenen Zentral-Streikfondsmarken im Buche haben. Außerdem muß die Verpflichtungsmarke für 1925 geklebt sein.

Verbandsmitglieder, die nach § 7 Absatz 2 vom Beitrag befreit wurden, erhalten keine Ersatzbücher.

Für Bauschüler endet die Beitragspflicht mit dem Tage des Eintritts in die Bauschule. Sie beginnt wieder mit dem Tage der Entlassung.

Beitragsbefreiung infolge Krankheit oder Erwerbslosigkeit gilt erst vom 1. Oktober 1923 an. Von da an müssen in solchen Fällen Freimarken geklebt sein. Die Freimarken werden für den Unterstützungsbezug nicht angerechnet.

Verlorene Beitragsmarken werden den Mitgliedern nicht angerechnet oder ersetzt. Diese fehlenden

Marken sind nach einem Beschluß unserer 19. Generalversammlung (Protokoll Seite 459) von den Mitgliedern selbst herbeizuschaffen oder nochmals zu kaufen.

Mitgliedsbücher, in denen Marken oder sonstige Eintragungen fehlen, werden auf alle Fälle zurückgesandt, ohne daß ein Ersatzbuch dafür ausgestellt wird.

Wir bitten dringend, diese Bestimmungen genau beachten zu wollen, damit Zeit und Geld gespart und ein glatter Umtausch ermöglicht wird. Es empfiehlt sich, die vollen Mitgliedsbücher nur noch in „Geschäftspapier"-Sendungen zu verschicken. Dabei ist auf eine richtige Frankierung der Sendungen zu achten, und darf die Bezeichnung der Sendung als „Geschäftspapiere" nicht unterlassen werden.

Der Briefumschlag darf nicht zugeklebt werden. Die Portosätze betragen bis auf weiteres für diese Sendungen bis 250 Gramm 15 ₰, über 250 bis 500 Gramm 30 ₰ und über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 40 ₰. Geschäftspapier-Sendungen über 1 Kilogramm sind unzulässig.

Büchersendungen dürfen andere Mitteilungen usw. nicht beigelegt werden. Den Mitgliedern ist dringend zu empfehlen, ihre Beitragsmarken auch dann regelmäßig weiter zu kaufen, wenn das Ersatzbuch noch nicht vom Zentralvorstand zurück sein sollte. Die Marken werden dann nach Empfang in das Buch geklebt.

Der Zentralvorstand.

Rechnungsabschluß

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 3. Quartal 1927.

a) Lokalkassen.

Einnahmen.

An Vermögensbeständen vom 2. Quartal 1927	697 416,75 ℳ
„ Lokalfondsbeiträgen	488 352,57 „
„ sonstigen Eingängen insgesamt	60 264,64 „
Summa	1 246 033,96 ℳ

Ausgaben.

Lokale Aufwendungen insgesamt	374 283,12 ℳ
Vermögensbestände am Quartalsschluß	871 750,84 „
Summa	1 246 033,96 ℳ

b) Zentralkasse.

Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 2. Quartal 1927	2 429 116,68 ℳ
„ Guthaben in diversen Zahlstellen vom 2. Quartal 1927	78 356,70 „
„ Zentralfondsbeiträgen	1 201 187, 6 „
„ Extramarken von 1924	2,50 „
„ Zentralstreikfondsbeiträgen, Reste v. 1925	361,— „
„ Bücherfutteralen	96,60 „
„ Kolportagemarken (Druckkosten)	23,40 „
„ Verbandsliteratur	3 053,71 „
„ Zinsen	80 697,29 „
„ diversen Eingängen	106,36 „
Summa	3 793 001,30 ℳ

Ausgaben.

Für Agitation	58 297,31 ℳ
„ Bauarbeiterschutz	30,— „
„ Erwerbslosenunterstützungen	59 791,50 „
„ Gemaßregeltenunterstützungen	1 622,96 „
„ Gewerkschaftsbundesbeiträge	3 769,35 „
„ Konferenzen	1 624,50 „
„ Rechtsschutz und Prozeßkosten	3 917,25 „
„ Reichsversicherungsbeiträge	5 228,80 „
„ Statistikunkosten	1 215,— „
„ Sterbefälleunterstützungen	7 309,— „
„ Streiks und Lohnbewegungen	7 778,23 „
„ Verbandsorgane	41 337,95 „
„ verbranntes Werkzeug, Entschädigungen	2 535,— „
„ Verwaltung:	
a) zentrale	36 913,57 „
b) allgemeine und sachliche	9 892,36 „
„ Unterstützungs-Vereinigung	6 461,12 „
Vermögensbestand am Quartalsschluß	3 477 006,83 „
Guthaben in diversen Zahlstellen	68 270,57 „
Summa	3 793 001,30 ℳ

Mitgliederbewegung.

Im Laufe des 3. Quartals wurden 5 Zahlstellen neu eröffnet, so daß am Schlusse des Quartals in 946 Zahlstellen 101 882 Mitglieder gezählt werden konnten.

Adolf Römer, Kassierer, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Vorstehenden Rechnungsabschluß geprüft und für richtig befunden zu haben, bestätigen

Hamburg, den 2. Januar 1928

Josef Melzer, 2. Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.
Fritz Huber, Harburg a. d. E., Marienstr. 78. } Revisoren.
Ernst Katzmann, Hbg. 5, Langereihe 65, Hs. B, I. }

Kassengeschäftliches.

Mit dem 31. Dezember vorigen Jahres war das vierte Quartal beendet. Mit diesem Datum hat jeder Zahlstellenkassierer seine Bücher für das verflossene Quartal abzuschließen, die Abrechnung für die Hauptkasse aufzustellen, um diese, nachdem sie von Revisoren geprüft und unterzeichnet worden ist, rechtzeitig, bis spätestens zum 15. Januar, mitsamt den noch restlichen Zentralfondsbeträgen sowie den etwaigen Belegen über zentrale Ausgaben der Hauptkasse zu überweisen. Falls die Zahlstellen die Zentralfondsbeträge oder einen Teil derselben infolge des Bedarfs an Erwerbslosenunterstützungen zurückzubehalten für zweckmäßig erachten, werden sie hiermit dringend ersucht, solches schriftlich zu begründen; andernfalls müssen wir ein eigenmächtiges Zurückhalten von Zentralfondsbeträgen beanstanden. Eine Geldbestellkarte zum Zwecke solcher Begründung genügt nicht, solche sind nur bei Anforderung von Barübersendungen zu verwenden.

Ferner wird hiermit in Erinnerung gebracht, daß für das verflossene neben der Abrechnung für das vierte Quartal eine Jahresmitgliederbeitragsliste einzusenden ist, woraus hervorgeht, was jedes Mitglied an Beiträgen für das Jahr geleistet hat, ob und wieviel Beiträge es am Jahresschluß noch rückständig blieb und wie sich die Mitgliederbewegung (An- und Abmeldungen, Austritte, Uebertritte usw.) gestaltete.

Schließlich machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß es durchaus notwendig ist, die monatlichen Separatquittungen stets eingehend zu verfolgen, damit etwaige Unstimmigkeiten sofort nachgesehen werden können. In Verfolg dieses Ersuchens möchten wir aber darauf hinweisen, daß in den besagten Monatsquittungen die Beträge über verausgabe Erwerbslosenunterstützungen immer solche Quittungen bezeichnen, die einen Monat zurückliegen. Zum Beispiel werden in der Anfang Januar herauskommenden Dezember-Quittung (Separatdruck) die bei der Hauptkasse im Dezember eingegangenen Quittungen für November enthalten sein usw.

Die Quittungen über verausgabte Erwerbslosenunterstützungen sind jeweilig nach Monatsschluß unverzüglich der Hauptkasse zu überweisen, andernfalls ist die Hauptkasse nicht in der Lage, die notwendige Kontrolle möglichst schnell vorzunehmen.

Adolf Römer, Kassierer.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg und Umgegend. Am 24. November tagte die Zahlstellenversammlung. Die seit der letzten Versammlung verstorbenen Kameraden wurden durch Erheben von den Plätzen geehrt. Kamerad Groth erstattete den Kassenbericht vom 3. Quartal. Er erläuterte die gedruckt vorliegende Abrechnung, aus der hervorging, daß die Hauptkasse mit 73 964,21 ℳ in Einnahme und Ausgabe abschließt. Die Lokalkasse konnte mit einem Gewinn von 10 772,22 ℳ das 3. Quartal abschließen. Damit ist das Vermögen der Lokalkasse auf 77 315,11 ℳ angewachsen. Der Mitgliederbestand beträgt am Schluß des 3. Quartals 4077, davon 456 Lehrlinge. Für die Revisoren beantragt Kamerad H. Fehrs, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Da die Zahlstellenversammlung sich als beschlußunfähig erwies, konnte die Entlastung nicht erteilt werden. Die Versammlung wurde dann, nachdem erneut durch Verlesen der Präsenzliste die Beschlußunfähigkeit festgestellt wurde vertagt. Zum 12. Dezember wurde zur Fortsetzung der vertagten Zahlstellenversammlung eingeladen. Kamerad Steinfeldt stellte fest, daß diese Versammlung ohne weiteres beschlußfähig sei; es scheine aber, als wenn die Vertagung eine günstige Wirkung gehabt habe; denn die Delegierten seien heute fast vollzählig zur Stelle. Einstimmig wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Situationsbericht erhielt Kamerad Steinfeldt das Wort. Scharf kritisierte der Redner das neueste Machwerk der Unternehmer in Verbindung mit unserer famosen Regierung. Die Unternehmer glauben, da sie durch Verhandlungen ihr Ziel nicht erreichen konnten, mit Hilfe der Regierung der Bauarbeiterschaft den Neunstundentag durch Verordnung aufzwingen zu können. Redner geht auf den Antrag der Unternehmer ein, zergliedert ihn und weist an Hand von Zahlenmaterial nach, daß es ganz andere Faktoren sind, die das Bauen verteuern, wie auch festgestellt sei, daß längere Arbeitszeit keine Leistungserhöhung bringe. Nachweislich sei das Arbeitspensum bei dem jetzigen Achtstundentag bedeutend höher als früher während des Neun- und Zehnstundentages. Die Bauarbeiterschaft, und wir als Zimmerer im besonderen, werde um den Achtstundentag zu kämpfen verstehen. Aber noch ein anderes Machwerk ist uns in den letzten Tagen beschert worden Von der Verordnung betreffend Karenzzeit bei der Arbeitslosenversicherung werden insbesondere die Bauarbeiter betroffen. Der Artikel 2 dieser Verordnung bestimmt, daß Arbeiter, die in einem Betrieb arbeiten, der infolge Witterungsverhältnisse alljährlich in der Regel eingeschränkt oder zeitweilig stillgelegt wird, nach einer Beschäftigung von 6 bis 8 Monaten eine Karenzzeit von 2 bis 3 Wochen durchmachen müssen. Auch hiergegen werden die baugewerblichen Arbeiterorganisationen mit allen nur möglichen Mitteln vorgehen, um auch diesem Gesetz die Giftzähne auszubrechen. Nur ein engerer Zusammenschluß der Arbeiterschaft könne für die Zukunft solche Machwerke verhindern. Zur Lage am Baumarkt sei zu sagen, daß nach einem guten Anfang dieses Jahres in der letzten Zeit ein Rückschlag eingetreten sei. Neben dem Frost sei vor allem die schwierige Finanzgeborung die Ursache, daß eine ganze Reihe von Neubauten stillgelegt werden mußte, demzufolge eine ganze Anzahl von Bauarbeitern erwerbslos wurde. Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Finanzpolitik der Gemeinden und darüber, daß der Wohnungsbau unrentabel sei, sind mit die Ursache, daß der Wohnungsbau zum Erliegen kam. In Hamburg sind im Jahre 1927 10 200 Wohnungen von der Beleihungskasse bezuschußt worden. Ob diese Wohnungen alle fertiggestellt werden können, sei noch nicht zu sagen. Wenn heute im Zahlstellengebiet zirka 650 bis 700 erwerbslose Zimmerer vorhanden sind, so ist das mit die Folge der kurzsichtigen Wohnungsbaupolitik des Reiches. Nach Berichterstattung über den Stand einiger Klagen gegen unsern Verband, geführt von Unorganisierten, weist Kamerad Steinfeldt darauf hin, daß mit Wirkung vom 20. Oktober an der Bezirkstarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt worden ist. Leider müssen wir uns immer noch mit der schon so oft besprochenen Akkordarbeit befassen. Es ist eine Akkordkommission eingesetzt worden, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören Diese hat alle Beschwerden oder Meldungen zu untersuchen und zu veranlassen, daß der Akkord abgerechnet wird, wenn ein solcher festgestellt worden ist. Ein besonders schmutziges System habe bei der Firma Röttger & Winter geherrscht. Nach langen Untersuchungen sei festgestellt worden, daß dort Prämien von sehr verschiedener Höhe für die gleichen Arbeiten an die Kameraden zur Auszahlung gelangt sind. Es sind Summen gezahlt worden, die zwischen 40 ℳ und 1800 ℳ schwanken. Einige Kameraden sind noch heute hartnäckig und verweigern die Auskunft über das, was dort getrieben wurde, und über die Höhe der erhaltenen Gelder. Um gegen diese Kameraden, die den Vorstand dauernd belogen und hintergangen haben, nach Klarstellung der Angelegenheit den Ausschluß zu beantragen, läßt sich der Vorstand Vollmacht erteilen. Gegen 4 Stimmen wird entsprechend beschlossen. Um Aufklärung zu schaffen, ist es unbedingt erforderlich, daß in allen Bezirken Versammlungen über die Akkordfrage abgehalten werden. Referenten sind beim Vorstand anzufordern. Zum Schluß forderte Kamerad Steinfeldt die Versammlung auf, dafür zu sorgen, daß der Zwiespalt aus unsern Reihen verschwindet, daß wir einig und geschlossen mit Ruhe den kommenden Kämpfen entgegensehen können. Aussprache fand nicht statt. Der Vorstand beantragt, die Zahlstellenversammlung möge beschließen, daß 5000 ℳ für die Ausgesteuerten und alten Kameraden als Weihnachtsunterstützung bereitgestellt werden. Kamerad Tödt beantragte 6000 ℳ zur Verfügung zu stellen. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag des Kameraden Tödt, 6000 ℳ für die Weihnachtsunterstützung auszugeben, angenommen. Ein Antrag des Bezirks Harburg, den reisenden Kameraden die Erwerbslosenunterstützung zu gewähren, wird dem Vorstand zur weiteren Prüfung überwiesen. Ein Antrag des Kameraden Liebetrau, bis auf weiteres den ausgesteuerten Kameraden aus der Lokalkasse pro Woche 6 ℳ zu zahlen, fand nicht die genügende Unterstützung. Unentschuldigt fehlten die Kameraden: E. Kallhorn, W. Welz, F. Seemann, Groebler, Maak, Burmester, Moldenhauer, Baade, Höppner, Behrmann, Czechura, Bott, Holst und Marquardt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Direktor Thomas vom IAA. über deutsche Gewerkschaftsarbeit. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genosse Thomas, hat kürzlich in Begleitung des Genossen Donau von der deutschen Gruppe eine Vortragstour durch Westdeutschland gemacht. Bei einem Aufenthalt in Düsseldorf besuchte er auch das Bureau des Deutschen Werkmeisterverbandes. Bei dieser Gelegenheit gab er nicht nur seiner Freude über den Zustand dieser Organisation Ausdruck, sondern er fand auch anerkennende Worte über das sozialpolitische Wirken der Gewerkschaften überhaupt. Wir entnehmen hierüber der „Werkmeister-Zeitung" folgendes: „Eine ganz besondere Freude ist es mir, Ihre Organisation in solch gesundem Zustande zu wissen. Ich muß offen sagen, ich beneide Sie darum. Ich bin zwar international, aber ich bin ein wenig französisch geblieben; ich denke an Frankreich, das aber eine solch starke Organisation der Werkmeister nicht aufzuweisen hat. Die Werkmeister sind dort zersplittert. Sie haben keinen Sinn für Sozialpolitik, vor allem nicht für internationale Sozialpolitik. Sie haben noch nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß es notwendig ist, mit den Arbeitern zusammenzugehen; sie gehen mit den Unternehmern. Es ist eine tragische Erscheinung. In Frankreich macht man mir den Vorwurf, daß ich Deutschland viel zu sehr bewundere. Ich kenne das internationale Leben und beneide darum Ihre sozialen Einrichtungen, die in meinem Vaterlande nicht zu finden sind. Und deshalb schätze ich mich glücklich, mir diese deutschen Einrichtungen ansehen zu können. Mehr und mehr bin ich überzeugt von der neuen Zukunft **Deutschlands und dem Beispiel, daß es der Welt gibt.**" Die deutschen Gewerkschaften brauchen sich sicher nichts auf ihre Arbeit und die unter ihrer Mitwirkung entstandenen sozialen Einrichtungen einzubilden. Wir brauchen uns aber auch nicht hinter irgendeinem andern Lande zu verstecken. Vergleichen wir zum Beispiel Frankreich, Italien und andere Länder mit Deutschland, so ergibt sich ein großes Plus, das wir auf unser Konto buchen können. Deshalb gilt es, in diesem Rahmen weiter zu arbeiten.

Eine Million Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen, wobei die starke Kälte und die dadurch bedingte Unterbrechung fast jeglicher Außenarbeit eine große Rolle spielten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung stieg von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 %. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000, also um 202 000 zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung nur 24,4 %. Die Zahl der Krisenunterstützten nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder um 16,6 % zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 750 000 auf rund eine Million gestiegen (davon 150 000 Frauen). Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 250 000 oder 33,3 %.

Genossenschaftsbewegung.

Wirtschaftliche Interessen von Stadt und Land. Es ist gar keine Frage, daß die Interessen des kleinen und mittleren Landwirts viel mehr mit denen des Arbeiters, Beamten und Angestellten als Verbraucher gleichlaufend sind, als mit denen des Großgrundbesitzes. Die einzige trennende Schranke bildet die Auffassung in den zollpolitischen Fragen, aber sie ist mehr eine Sache geistiger Aufklärung, als eine materielle Differenz. Was klar daraus hervorgeht, daß diese Zollpolitik, begonnen unter Bismarckscher Aera, vollkommen auf die Interessen des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie zugeschnitten ist. Und nur eine rein gefühlsmäßige Einstellung der mittleren und kleineren Landwirte, in dem Manne „mit Ar und Halm" eben den größeren Bruder zu sehen, hat bis jetzt verhindern können, daß sie den Zusammenhang der Dinge erkannten. Daß sie durch die Industriezölle und Zölle auf den größten Teil aller Waren, die von ihnen gar nicht erzeugt werden, eine wesentlich teurere Lebenshaltung führen müssen und die um den Zoll scheinbar gesteigerten Getreide- und Viehpreise nicht im entferntesten einen Ausgleich bieten für die zum Teil enorme Verteuerung aller übrigen Lebensbedürfnisse einschließlich Werkzeuge und Maschinen. Daß also der Nutzen der ganzen Zollpolitik dem Großgrundbesitz und der Großindustrie in die Tasche fällt. Was ja der einzige Zweck der zollpolitischen Uebung seit Jahrzehnten ist.

Erfreulicherweise läßt die neuere, organisatorische und wirtschaftliche Entwicklung, zusammen mit dem Agrarprogramm der Sozialdemokratie die berechtigte Hoffnung zu, daß in absehbarer Zeit eine Wendung in den geistigen Auffassungen der Landwirtschaft eintritt, die in der Erkenntnis der gemeinsamen Interessen von Landwirtschaft und Verbrauchermassen wurzelt.

Die genossenschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft einerseits und der Verbraucher anderseits leistet hier eine Pionierarbeit, deren allmähliche Wirkungen denen nicht verborgen bleiben, die mit den Dingen auf diesen Gebieten vertraut sind. Wenn schon in gemeinsamen Körperschaften die Genossenschaftszentralen der landwirtschaftlichen und der Verbrauchergenossenschaften zusammenarbeiten, um zu engeren geschäftlichen Verbindungen zu kommen, so müssen die Auswirkungen einer solchen Zusammenarbeit allmählich auch die Psyche des Bauern wandeln. Er wird erkennen, daß die genossenschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft, die ihre Standardisierung und Rationalisierung gewährleistet und damit entsprechende Preise für eine qualifizierte Produktion, die der Konkurrenz des Auslandes eine natürliche Spitze bietet an Stelle der künstlichen zollpolitischen, für ihn die einzige Möglichkeit zur Gewinnung eines höheren Lebensniveaus bietet. Denn er erkennt zugleich, daß eine gesteigerte Kaufkraft der Arbeiter, Beamten und Angestellten die Voraussetzung für Abnahme besser qualifizierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse bietet, insbesondere, wenn deren Verteilung unter Ausschaltung verteuernder Zwischenhandelsglieder auf konsumgenossenschaftlichem Wege in Verbindung mit landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften zustande kommt.

Von hier aus gewinnt der mittlere und kleinere Bauer eine ganz andere Stellung zu den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, und seine Sympatie wird denen gehören, mit denen ihn tatsächliche, nicht eingebildete gemeinsame Interessen verbinden.

Wenn heute schon 40 000 ländliche Genossenschaften mit 3 Millionen Bauernfamilien und 2000 Konsumgenossenschaften mit 4 Millionen Verbraucherfamilien aus Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenkreisen auf diese Entwicklung eingestellt sind, die in der wirtschaftlichen Natur der Dinge, also in immanenten Notwendigkeiten wurzelt, so wird man zugeben müssen, daß die Perspektive der wirtschaftlichen Interessen- und politischen Ideengemeinschaft von „Stadt und Land" die denkbar günstigsten für die Zukunft sind. Das sozialdemokratische Agrarprogramm, das auf diese Entwicklung zugeschnitten ist, wird in den kommenden Wahlkämpfen gute Aufklärungsdienste leisten können, wenn es geschickt und zweckentsprechend verwertet wird. ff.

Sozialpolitisches.

Direktorengehälter und Arbeiterlöhne. In dem bekannten Notprogramm, das die Spitzenverbände der Unternehmer der Reichsregierung überreicht haben, wird strengste Sparsamkeit im Staatshaushalt gefordert. Wenn man derartige Kundgebungen immer und immer wieder registrieren muß, so wundert einem die Unverfrorenheit, daß die private Wirtschaft an den eigenen Sünden so achtlos vorübergeht. Nicht nur bei den öffentlichen Körperschaften ist eine Uebersetzung festzustellen, sondern in vielleicht noch höherem Maße bei den privaten. Eine Unmasse Organisationen, Arbeitgeberverbände aller Art, Kartelle, Konventionen usw. sind nach dem Kriege aus dem Boden gewachsen und erforderten naturgemäß eine große Anzahl von Menschen zur Verwaltung. Warum prüft man nicht hier einmal, ob des Guten nicht zuviel getan wurde. Vor lauter Organisationsarbeit scheinen wir in Organisationen zu ersticken. Aber das ist eine Frage, auf die wir nur ganz nebenbei hinweisen wollten. Skandalös ist es, welche Gehälter an den Spitzen der Unternehmungen und Organisationen gezahlt werden. Dieser Tage ist ein Prozeß in Bayern zu Ende gegangen, der mit der Verurteilung des bekannten Generaldirektors von der Firma Reiniger, Gebbert und Schall, Zietzmann endete. Für seine Betrügereien und Schiebungen erhielt er die außerordentlich milde Strafe von 6 Wochen Gefängnis und 80 000 M Geldstrafe. Interessant war an diesem Prozeß die ungeheuren Gehälter, die Zietzmann ausgezahlt erhielt. Neben andern Einkünften bezog er ein Jahresgehalt von 400 000 M. Dieses Gehalt wurde von einigen Sachverständigen als mäßig bezeichnet. Sie erklärten, daß Jahresgehälter von 300 000 bis 400 000 M auch heute noch bei der rheinischen Schwerindustrie, bei den Farbwerken, in der Kunstseiden- und Kaliindustrie nichts Seltenes seien. Man bedenke, was solche Summen bedeuten! Und dem halte man gegenüber, daß die Arbeiter der Schwereisenindustrie um einen Mehrlohn von ein paar Pfennigen kämpfen und mit einer Stundenlohnerhöhung von 2 ₰ abgespeist wurden. Oben gibt man mit vollen Händen, jedoch macht man große Statistiken auf, wenn die von unten auch etwas mehr von den Gütern der Erde verlangen. Jene Güter, die durch ihren Schweiß und durch ihrer Hände Arbeit entstanden sind. Gewiß kann die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen nicht gleichmäßig bezahlt werden. Tüchtigen Leuten steht eine höhere Entlohnung zweifellos zu. Jedoch solche gewaltigen Unterschiede kann es nur in einem Gesellschaftszustande geben, der von der Gewinnsucht diktiert wird.

Was versteht man unter Armenrecht? Ueber die Erlangung des Armenrechts zur Führung von Prozessen bestehen vielfach Unklarheiten. In den „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Würzburg" finden wir eine Erläuterung dessen. was man unter Armenrecht versteht und welche Voraussetzungen dafür gegeben sind. Wir entnehmen den betreffenden „Mitteilungen" hierüber folgendes: „Das Armenrecht ist die vorläufige Befreiung von Gerichts- Anwalts- und Gerichtsvollzieherkosten. Seine Bewilligung ist an folgende Voraussetzungen geknüpft: 1. Die Partei, die darum nachsucht, muß außerstande sein, ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten, und 2. die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung darf nicht mutwillig oder aussichtslos erscheinen, das heißt, die Haltlosigkeit des Rechtsstandpunktes darf nicht von vornherein klar auf der Hand liegen. Das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts ist bei demjenigen Gericht anzubringen, bei dem der Prozeß bereits anhängig gemacht ist oder anhängig gemacht werden soll; es kann auch mündlich vor dem Gerichtsschreiber zu Protokoll erklärt werden. Dem Gesuch ist ein Armutszeugnis, das in der Regel von der Gemeindebehörde ausgestellt wird und das das Unvermögen zur Bestreitung der Prozeßkosten bescheinigt, beizufügen. Außerdem ist dann das Streitverhältnis unter Angabe der Beweismittel darzulegen. Die Bewilligung des Armenrechts erfolgt für jede Instanz besonders: Kommt zum Beispiel der Prozeß im Rechtsmittelzug an das übergeordnete Gericht, dann muß von neuem um das Armenrecht nachgesucht werden. Der Nachweis des Unvermögens braucht dann aber nicht nochmals erbracht zu werden. Das Armenrecht kann zu jeder Zeit entzogen werden, wenn es sich herausstellt, daß eine Voraussetzung für die Bewilligung nicht vorhanden war oder inzwischen weggefallen ist. Es erlischt mit dem Tode der Person, für die es bewilligt wurde, und geht insbesondere nicht auf die Erben über. Diese müssen gegebenenfalls ein neues Gesuch einreichen. Durch die Bewilligung des Armenrechts erlangt die Partei: 1. Die einstweilige Befreiung von der Berichtigung der rückständigen und künftig erwachsenden Gerichtskosten einschließlich der Vorschüsse für Zeugen und Sachverständige und der sonstigen baren Auslagen sowie der Stempelsteuer. 2. Die Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten. 3. Das Recht, daß ihr zur vorläufig unentgeltlichen Bewirkung von Zustellung und von Vollstreckungshandlungen ein Gerichtsvollzieher und, insoweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, also im Verfahren vor dem Landgericht und den übergeordneten Gerichten, ihr vorläufig unentgeltlich ein Anwalt beigeordnet wird."

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Invalidenversicherung und Kinderfürsorge.

In Erkenntnis der großen Gefahr, die die Tuberkulose bei Kindern für das Volksganze in sich birgt, haben die Träger der IV. in den letzten Jahren der Kinderfürsorge weitgehende Beachtung geschenkt und dieser auch in der Tuberkulosebekämpfung eine bevorzugte Stellung eingeräumt.

Das Gebiet der Kinderfürsorge zerfällt in zwei Gruppen, und zwar in die Fürsorge für Empfänger von Waisenrenten (§ 1277 RVO.) — Waisenfürsorge — und in die Fürsorge für Kinder von noch lebenden Versicherten (§ 1274 RVO.) — Kinderfürsorge im engeren Sinne —. Die große Zahl der Kriegerwaisen machte einen Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten erforderlich. Im Jahre 1926 wurden, wie das Reichsversicherungsamt berichtet, 2544 tuberkulöse oder tuberkulosebedrohte Waisenrentenempfänger mit einem Kostenaufwand von 527 341 M in für Kinder eingerichtete Heilstätten, Kolonien, Erholungsheimen, Horten, Bädern usw. und 538 andere Waisenkinder mit einem Kostenaufwand von 40 013 M in Waisenhäusern, Erziehungsanstalten, Kinderheimen, bei Familien auf dem Lande usw. untergebracht.

Die Fürsorge für kranke und pflegebedürftige Kinder lebender Versicherter wurde erst seit dem Jahre 1914 in größerem Umfange betrieben. Seitdem hat sie sich langsam, aber stetig weiterentwickelt. Insbesondere sind zu nennen die Einrichtungen von Tuberkulosestationen, Solbädern, Liegehallen sowie die Zahlung von Beihilfen an Fürsorgestellen für Lungenkranke und Gemeinden.

Die Aufwendungen für werdende Mütter und für Säuglinge betrugen im Jahre 1926 315 489 M und die Zuschüsse an Gemeinden, Vereine usw. (zum Beispiel für Kindergärten, Schulzahnpflege und Landaufenthalt von Stadtkindern) 1 099 922 M. In Kinderheilstätten, Walderholungsstätten, Lungenheilstätten, Krankenhäusern, Bädern usw. waren 34 090 Kinder untergebracht. Der Kostenaufwand hierfür betrug 3 165 972 M.

Neben der Für' rge wurde im Berichtsjahre auch das Kinderheilverfahren gefördert. Es wurden vornehmlich Kinder, die an Tuberkulose erkrankt oder tuberkulosbedroht waren, berücksichtigt. Die Kur wurde in der Regel im Winter, teils in eigenen, teils in fremden Heilstätten durchgeführt, da die Winterkuren wirksamer sein sollen und die Kinder in engen Wohnungsverhältnissen im Winter mehr als im Sommer gesundheitsgefährdet sind.

Im Jahre 1926 wurden in den eigenen Heilstätten der Versicherungsanstalten verpflegt: in Lungenheilstätten 2567 Kinder noch lebender Versicherten an 142 287 Verpflegungstagen mit einem Betriebskostenaufwande von 494 171 M und 80 Waisenrentenempfänger an 7421 Verpflegungstagen mit einem Betriebskostenaufwande von 30 605 M; in Heilanstalten 3958 Kinder noch lebender Versicherten an 126 406 Verpflegungstagen mit einem Betriebskostenaufwande von 481 204 M und 73 Waisenrentenempfänger an 22 400 Verpflegungstagen mit einem Betriebskostenaufwande von 187 673 M.

Invalidenversicherung und Arbeiterwohnungsbau.

In den letzten Jahren haben die Landesversicherungsanstalten wieder begonnen, Darlehen für den Bau von Arbeiterwohnungen herzugeben. Darüber wird vom Reichsversicherungsamt berichtet:

„Zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen sind von den Trägern der Invalidenversicherung in den Jahren 1924/1925 33 250 206 M und im Jahre 1926 24 565 919 M, im ganzen also bis zum Schlusse des Jahres 1926 57 816 125 M aufgewendet worden. Davon entfallen auf Bauvereine 22 029 959 M, auf Gemeinden und Sparkassen 22 111 005 M, auf Arbeiter unmittelbar 12 873 141 M und auf Arbeitgeber 802 020 M.

Die verhältnismäßig niedrige, an Arbeiter unmittelbar ausgegebene Summe von 12 873 141 M zeigt, mit welch besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die baulustigen Versicherten in den letzten Jahren zu kämpfen hatten. Der Bau eines Eigenheimes ist heute für den Bauenden im Regelfalle mit großen Zins- und Tilgungslasten verbunden, die schon von gesunden Versicherten schwer zu tragen, um so weniger aber von kranken Versicherten aufgebracht werden können. Es konnte daher der Wohnungsbau für Lungentuberkulöse vorwiegend nur dann unterstützt werden, wenn Gemeinden oder Vereine selbst bauten und die Wohnungen vermieteten.

Zum Bau von Ledigenheimen wurden vom 1. Januar 1924 bis zum Schlusse des Jahres 1926 außerdem 676 773 M hergegeben." ck.

Literarisches.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Heinig, Berlin. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Monatlich ein Heft. Vierteljahrsabonnement 2 M.

Geschichte der Fabrik und der Massenarbeit. Von Christian Schmitz. Band 7 der Gewerkschafts-Archiv-Schriftenreihe. 150 Seiten. Preis 4,50 M in Halbleinen gebunden. Die Bezieher der Zeitschrift „Gewerkschafts-Archiv" erhalten eine Preisermäßigung von 33⅓ %. — Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. — Die vorliegende historische Untersuchung soll allen Arbeitenden, allen gewerkschaftlich und wirtschaftlich Interessierten helfen, ihre Lage, Interessen und Gemeinsamkeiten historisch zu verstehen. Besonders Betriebsräte und andern Funktionären der Arbeiterbewegung soll sie ein Helfer und eine Art historischer Leitfaden sein, an dessen Hand man sich im Labyrinth der geschichtlichen Gewordenheit zurechtfindet. Und mit dem allgemein erlangten Bewußtsein über das, was bisher in der Wirklichkeit vorhanden gewesen ist, werden wir zuversichtlich den Untergang der alten und den Anbruch der neuen Zeit erwarten können.

Versammlungsanzeiger.

Zahlstellen, die ihre regelmäßigen Versammlungen für 1928 im „Versammlungsanzeiger" bekanntzugeben wünschen, werden um baldige Mitteilung gebeten. Anzugeben ist, an welchem Tage, um wieviel Uhr und in welchem Lokal die Versammlungen stattfinden.

Dienstag, den 10. Januar:

Kiel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Lichtsaal).

Freitag, den 13. Januar:

Merseburg-Leuna: Abends von 6 bis 8 Uhr Zahlabend im Lokal „Heiterer Blick" in Leuna. — **Schwerin:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Frankfurt a. Main. Am 18. Dezember starb unser Kamerad **Gottlieb Gratmüller** infolge Altersschwäche im Alter von 70 Jahren.

Frankfurt a. Oder. Am 14. Dezember starb unser Kamerad **Willy Schneider,** Neu-Lebus, an Grippe.

Gotha. Am 22. Dezember starb infolge Herzschlags der Kamerad **Reinhold Müller,** Eberstädt b. Gotha, im Alter von 57 Jahren.

Hirschberg i. Schl. Am 17. Dezember starb unser Kamerad **Hermann Anton** (Bezirk Schreiberhau) im Alter von 70 Jahren infolge Gehirnschlags.

Jastrow. Am 17. Dezember starb unser Kamerad **Alfred Schulz** im Alter von 21 Jahren an Lungenleiden.

Leipzig. Am 5. Dezember starb unser Kamerad **Eduard Langrock** im Alter von 65 Jahren an Leberkrebs. — Am 17. Dezember starb unser Kamerad **Max Hans** im Alter von 70 Jahren infolge Kohlengasvergiftung. — Am 20. Dezember starb unser Kamerad **Richard Voigt** im Alter von 68 Jahren infolge Herzschlags. — Am 20. Dezember starb unser Kamerad **Willy Rosenkranz** im Alter von 19 Jahren infolge Blutvergiftung.

Magdeburg. Am 12. Dezember starb unser Kamerad **Karl Döbler** aus Schönebeck im Alter von 44 Jahren infolge Herzschlags.

Mainz. Am 22. Dezember starb nach langer Krankheit unser Kamerad **Philipp Dewald** im Alter von 66 Jahren an Asthma.

Nienburg a. d. W. Am 22. Dezember starb unser Kamerad **Wilh. Biermann** im Alter von 60 Jahren an Magenkrebs.

Schneidemühl. Am 6. N vember wurde unser Kamerad **Karl Scharse** im Alter von 19 Jahren erstochen.

Sprottau. Am 14. Dezember starb unser Kamerad **Fritz Grasse** im Alter von 29 Jahren infolge Lungenentzündung.

Wesermünde. Insolge Unglücksfalls außerhalb der Arbeitszeit starb am 18. Dezember unser Kamerad **H. Vathauer** im 46. Lebensjahre.

Wiesbaden. Am 22. Dezember starb unser treuer Kamerad und früheres langjähriges Vorstan smitglied **Heinrich Emmel** im Alter von 55 Jahren infolge Rückfalls einer Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Zeuge gesucht!

Der Zimmerer **Ludwig von Bargen** aus Langelohe/Elmshorn wird um Angabe seiner Anschrift gebeten, da er als Zeuge vernommen werden soll. [4,50 M] **Justizrat Schulze, Elmshorn.**

Unterrichtskurse für Zimmerer.

Vom Freitag, 13., bis Samstag, 28. Januar 1928, findet unter Leitung des Herrn Zimmermeisters Fritz Kreß, Lustnau-Tübingen, ein **Unterrichtskursus für Poliere und Zimmerer** in München statt. Meldungen hierzu werden noch entgegengenommen und sind an die Zahlstelle **München, Pestalozzistr. 40, II.,** zu richten. [6 M] **Der Vorstand.**

Verleger: Wilhelm Wolgast. Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Sauer. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.